

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/75

Bonn, den 14. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Beredtes Schweigen</u>	51

Schutzmantel der Handlungsunfähigkeit

2 - 4	<u>Nutzlos - gefährlich - unseriös</u>	112
-------	--	-----

Zum Volksbegehren der bayerischen FDP

Von Klaus Hefter

4	<u>Verkürztes Wohngeld ?</u>	26
---	------------------------------	----

Die Letzten beißen die Hunde

\* \* \*

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Anwalt der Vertriebenen  
Politik für die Freiheit Europas  
Lastenausgleich nahezu unbekannt  
Gerhart-HAUPTMANN-Ausstellung

+ + +

Beredtes Schweigen

Schutzmantel der Handlungsunfähigkeit

G.K. - Als am Dienstag dieser Woche in der Fraktionsitzung der CDU/CSU mitgeteilt wurde, eine Kabinettsunbildung komme jetzt nicht in Frage, herrschte - wie es in Korrespondentenberichten heißt - Schweigen. Das ist verständlich, denn diejenigen CDU- und CSU-Abgeordneten, die während der Parlamentsferien in ihren Wahlkreisen mit ansehen und hören mußten, wie man über die Regierung Erhard denkt, hatten sich etwas ganz anderes vorgestellt, als das verlegene Ausweichen der Fraktion vor der zwingenden Notwendigkeit, die permanente Handlungsunfähigkeit der Regierung durch eine aktionsfreudige und aktionsfähige Führung zu ersetzen.

So war es denn auch nicht verwunderlich, daß am Abend des gleichen Tages bekannt wurde, Franz Josef Strauß habe sein Ziel nicht aufgegeben, möglichst bald eine "Reformkommission" einsetzen zu lassen, die den schlechten Regierungstil und die mangelhafte Führung der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU prüfer und durch Vorschläge zur Überwindung der Agonie der Regierung neue Impulse geben sollte.

Nach Lage der Dinge ist es durchaus möglich, daß sich die Regierungsparteien in der ersten Diskussionsrunde über das sogenannte Stabilitätsgesetz noch einmal den Anschein einer inneren Solidität geben werden. Man weiß nur zu gut, wie schnell das Erhard'sche Kartenhaus zusammenbrechen würde, wollte man jetzt die als notwendig erkannten Reformen in Angriff nehmen.

Der Schein aber trägt. Schon bei den internen Beratungen über die von Erhard einzunehmende Haltung bei dessen Reise in die USA prallen sowohl innerhalb der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU als auch zwischen dieser und dem Koalitionspartner FDP die Meinungen hart aufeinander. Nur mit außerordentlicher Mühe ist es dem Vorsitzenden des Verteidigungsrates, Bundesminister Krone, am Montag und Dienstag dieser Woche geglückt, den offenen Ausbruch widerstreitender Vorstellungen in allen Fragen der Verteidigungs-, Deutschland- und der allgemeinen Außenpolitik zu verhindern.

Es ist gewiß kein Drama, wenn in einer demokratischen Partei Meinungsverschiedenheiten über die Richtung der Politik diskutiert werden. Bei einer Partei oder bei Parteien mit soliden geistigen und praktisch-politischen Fundamenten ist das sogar normal und wünschenswert. Anders dagegen bei der CDU/CSU und bei der FDP. Hier ist weder ein solides geistiges noch ein solides praktisch-politisches Fundament vorhanden. In diesen Parteien schwimmen die Exponenten von Tagesereignis zu Tagesereignis und verbrauchen einen großen Teil ihrer Kraft zum Überdecken von völlig auseinanderstrebenden Zielvorstellungen. So sieht dann auch die Regierung aus. Sie muß - um zusammenbleiben zu können - ständig in Deckung vor den Schüssen ihrer eigenen Freunde gehen und kann infolgedessen keinerlei konstruktive Idee entwickeln.

Kluge Abgeordnete in der CDU wissen das. Auch hier gibt es genügend unabhängige Männer und Frauen, die zutiefst darüber betroffen sind, daß sie immer noch eine handlungsunfähige Regierung unterstützen müssen. Seitdem sie sich darüber klar geworden sind, daß das "G" kein festes Bindemittel mehr für ihre "Union" ist, bieten alle Versuche, ein neues Bindemittel zu finden, im Arsenal stecken.

So bleibt denn nichts anderes übrig als hektisches Schiapfen oder beredtes Schweigen.

Nutzlos - gefährlich - unseriös

Zum Volksbegehren der bayerischen FDP

Von Klaus Helfer

Die FDP liebt spektakuläre Aktionen, die sie gelegentlich weniger der Verantwortung ihrer Politiker, als der Kunstfertigkeit ihrer Werbemanager verdankt, emotionalen Strömungen in der Bevölkerung in politisches Kapital für die "Partei der Weiterdenker" umzumünzen. Ob es im Bundestag um die Verjährung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen oder in Niedersachsen um den Abschluß eines von ihr selbst mit ausgehandelten Kirchenvertrages ging, immer wieder wärmt die FDP ihr laues Parteisüppchen auf Ressentiments anstatt auf Argumenten.

Dieses Rezept soll nun auch der in Bayern von inneren und äußeren Verschleißerscheinungen bedrohten Partei die Klippe der Landtagswahlen vom 20. November 1966 überwinden helfen. Landauf, Landab sammeln ihre Werber Unterschriften auf Antragsformularen zur Zulassung eines Volksbegehrens. Es geht um die Änderung der Bayerischen Verfassung in jenem Artikel, der die Errichtung von Gemeinschaftsschulen - die FDP möchte diese künftig als "christliche Gemeinschaftsschulen" bezeichnen - bisher "nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten" zuläßt. Dies ist angesichts der im ganzen Lande heftig kritisierten Misere eines überwiegend konfessionell getrennten Volksschulwesens gewiß eine populäre Aktion. Auszusprechen, daß sie dem schulpolitischen Fortschritt in Bayern zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur nicht fördern sondern eher harmen wird, klingt dem mit der Sachlage weniger Vertrauten paradox und ist jedenfalls unpopulär. Dennoch hat es die bayerische Sozialdemokratie übernommen, das von der FDP bereits als "Volksbewegung für die Gemeinschaftsschule" bezeichnete Unternehmen als das zu entlarven, was es in Wahrheit ist: eine nutzlose, gefährliche und unseriöse politische Windbeutelerei.

Landesvorstand und Landtagsfraktion der bayerischen SPD haben am vergangenen Wochenende ihre Mitglieder und Wähler vor der Aktion Volksbegehren mit dem Hinweis gewarnt, daß die FDP dabei die beiden Parteien gemeinsame Sache - die Freisetzung zukunftsweisender Entwicklung in dem vor der reaktionären Kulturpolitik einer absoluten CSU-Mehrheit geprägten Schulwesen - wegen einer kurzsichtigen Effekthascherei leichtfertig auf Spiel setzt. Dies sind die Argumente der Sozialdemokratie:

#### Das Volksbegehren ist unnütz

So richtig es ist, daß die im Zuge der Landschulreform notwendige Zusammenlegung dörflicher Zwerg- und Kleinschulen zu vollausgebauten zentralen Systemen die konfessionelle Trennung der Volksschule mehr und mehr überwinden muß; so wenig kann dies durch eine Verfassungsänderung bewirkt werden, die Konfessions- und Gemeinschaftsschulen zu gleichberechtigten Antragsschulen erklärt. Diese Rechtslage besteht auch in Nordrhein-Westfalen, dessen Schulwesen zumindest so zersplittert ist wie das bayerische. Die Gemeinschaftsschule wird in Bayern nicht dadurch diskriminiert, daß die Verfassung ihre Errichtung auf Orte mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung beschränkt. Bereits nach der bisherigen Rechtslage genügt dafür eine religiöse Minderheit von einem Prozent der Bevölkerung, die in fast allen bayerischen Ort-

schaften vorhanden ist. Wenn sich die in Bayern wie in Nordrhein-Westfalen durch Meinungsbefragung festgestellten Mehrheiten der für die Gemeinschaftsschule eintretenden Eltern bisher nicht in ausreichender Zahl zur Antragsstellung entschließen, so liegt dies an bürokratischen Erschwerungen und den den psychologischen Einflüssen ausgesetzten Modalitäten eines nichtgeheimen Einschreibungsverfahrens, das auch durch die von der FDP erstrebte Verfassungsänderung nicht geändert zu werden brauchte.

Am Kernproblem der bayerischen Landeschulreform ginge diese Verfassungsänderung glatt vorbei; an der Tatsache nämlich, daß bereits heute über die Hälfte aller Bekenntnisschulen Minderheiten im Geiste eines fremden Bekenntnisses erziehen. Dem wäre nur durch eine Verfassungsänderung abzuhelfen, die es gestattet, alle konfessionell gemischten Schulen antswegen zu Gemeinschaftsschulen zu erklären. Dies aber hat die FDP nicht beantragt und dafür wäre ein Volksbegehren mit allen seinen emotionalen Begleitumständen das denkbar ungeeignetste Mittel. Auf diesem Wege ist nur durch geduldige Überzeugungsarbeit in der Auseinandersetzung mit den Argumenten aller Betroffenen voranzukommen. Nicht zuletzt dank derartiger Bemühungen der SPD haben sich die Fronten in den letzten Jahren erfreulich gelockert. Die völlig überflüssige Aktion der FDP kann nur zu neuen Verhärtungen führen.

#### Das Volksbegehren ist schädlich

Weil sie aber damit hoffnungsvolle Entwicklungen im Ansatz zerstört, kann die bayerische FDP nicht auf die Nachsicht rechnen, die man einer um ihre parlamentarische Existenz besorgten Partei sonst zuteil werden ließe. Zuviel steht auf dem Spiel. Vor der mit einem Volksbegehren zwangsläufig entstehenden Kulturkampfatmosphäre kann nur die CSU profitieren. Tatsächlich kommt der CSU, deren reaktionäre Schulpolitik beim fortschrittlichen Teil der bayerischen Kirchen auf immer offener Kritik stößt, dieser Angriff nicht ungelegen. Im Münchener Maximilianeum wird sogar die Verratung kolportiert, daß die CSU die parlamentarische Behandlung eines entsprechenden FDP-Antrages deshalb in rigeroser Weise verhindert, um die FDP auf den Weg des Volksbegehrens zu drängen, gegen das eine gemeinsame offizielle Stellungnahme beider Kirchen zu erwarten ist. Der Schaden ist nicht abzusehen, der die langfristige Entwicklung des bayerischen Schulwesens dadurch nehmen wird, daß sein delikatestes Problem nun in die Auseinandersetzungen eines ohnehin heißen Wahlkampfes gezerrt wird.

Die bayerische SPD ist von ihrem in vielen kulturpolitischen Fragen gemeinsam operierenden Oppositionspartner von der Einleitung des Antragsverfahrens für ein Volksbegehren nicht konsultiert worden. Sie hätte die FDP davor gewarnt, sich dieses untauglichen und gefährlichen Mittels zu bedienen. Die Entscheidungen über den künftigen Kurs der bayerischen Schulpolitik fallen im Landtag. Dort werden die Sozialdemokraten bei den jetzt zur Beratung entstehenden Schulgesetzen ihre Auffassung energisch vertreten. Sie werden damit um so erfolgreicher sein können, je sachlicher die Beratungen geführt werden.

#### Das Volksbegehren ist unseriös

Die FDP bezeichnet es als ihr Wahlkampfziel, die absolute Mehrheit der CSU im bayerischen Landtag zu brechen. Ob die Verknüpfung des Wahlkampfes mit einer derartigen Aktion dafür ein geeignetes Mittel ist, bleibt fraglich. Sicher ist nur, daß die Verhärtung der

schulpolitischen Fronten in Bayern ein zu hoher Preis für die Rückkehr der FDP ins Parlament wäre. Dies schon deshalb, weil sich kein Wähler darauf verlassen kann, daß die FDP ihre kulturpolitischen Ziele nicht im gleichen Augenblick verrät, in dem ihr die Chance einer Regierungsbeteiligung winkt. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen bietet auch hier für eine Lehre: Dort stimmte die FDP nicht nur gemeinsam mit der CDU einen verfassungsändernden Antrag der SPD nieder, der den Schutz der einklassigen Dorfschule aufheben sollte, dort hat sie auch bei der jüngsten Regierungsbildung darauf verzichtet, die Erfüllung ihrer grundsätzlichen kulturpolitischen Forderungen zur Koalitionsbedingung zu erheben. Auch das Volkstegohren in Bayern hat zunächst keinen anderen Effekt als den, die FDP interessant zu machen. Der schulpolitische Fortschritt dieses Landes ist aber zu wichtig, um zum Gegenstand einer großangelegten Bauernfängerrei gemacht zu werden.

+ + +

#### Verkürztes Wohngeld

-----

#### Die Letzten beißen die Hände

sp - Auf dem Wohnungsmarkt ist vieles nicht in Ordnung, da gibt es krasse Verzerrungen. Besonders hart zu spüren sind die Auswirkungen des Lücke-Planes in den Groß- und Mittelgemeinden. In den meisten von ihnen überwiegt auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage das Angebot. Junge Familien haben es schwer, eine wohngerechte Unterkunft zu preiswürdigen Bedingungen zu finden; sie müssen entweder Schulden machen, die viele Jahre den Haushalt belasten oder auf eine gemeinsame Wohnung verzichten. Gekündigten alten Menschen gewährt das bestehende Mietrecht nur befristet Schutz. Am Ende ihres Lebens sehen sie sich oft der Willkür ausgesetzt und sind auf die öffentliche Wohlfahrt angewiesen. Wie kohl klingen vor diesem Hintergrund die Töne vom sozialen Rechtsstaat, wie hochläuterlich wirkt hier die Berufung auf die Würde des Menschen, die das Grundgesetz verbürgt und die zu wahren der Gesetzgeber verpflichtet ist.

Nimmt der Gesetzgeber diese Verpflichtung wahr? Im Rahmen der von der Bundesregierung geplanten Stabilisierungsmaßnahmen ist auch eine beträchtliche Verkürzung des Wohngeldes beabsichtigt. Die Gewährung von Wohngeld gilt im Lücke-Plan als Parastück, und die Bundesregierung hat sich viel Mühe gegeben, die Mieter auf diese Möglichkeit des Gesetzes aufmerksam zu machen. Jetzt drohen empfindliche Verkürzungen mit schweren Folgen für die davon bedrohten Menschen. Was bleibt dann überhaupt noch vom sozialen Mietrecht übrig? Die Bundesregierung handelt nach der Devise, für ihre Fehler und Unzulänglichkeiten die Schwächsten büßen zu lassen.

+ + +